



*Gemeinde Roetgen
mit den Ortsteilen
ROETGEN-ROTT
u. MULARTSHÜTTE*

DIE GRÜNEN

informieren

Nr. 20

Februar 90

Themen in dieser Ausgabe _____

Baumschutzsatzung

Landschaftswart

Sozialarbeiter

Billiger Wohnraum

Dritte Welt

Tiefflieger

u.a.

Baumschutzsatzung

Nach Aussage von Erich Lennartz (SPD), Mitglied des Umweltausschusses, ist Roetgen "fast ein kleiner Wald", wovon sich jeder bei Luftaufnahmen leicht überzeugen könne. Für Irma Schipper (CDU) "versinkt Roetgen in einem Grün".

Aus beiden Aussagen wird deutlich, daß sich die Betreffenden offensichtlich nur in großer Distanz zu den tatsächlichen Gegebenheiten bewegen. Aus der Entfernung verschwimmen ja bekanntlich die Konturen, Einzelheiten werden nicht wahrgenommen. Genau diese Einzelheiten sind es aber, die einem erst ein genaues Urteil über den ökologischen Zustand ermöglichen. Erst bei näherem Hinsehen erkennt man, daß unsere Wälder zu über 50 % krank bzw. todkrank sind, erst bei genauerem Hinsehen wird man feststellen, daß es immer weniger von jenen großen, alten Laubbäumen gibt, die für unseren Naturhaushalt doch so wichtig sind. Jährlich werden einige dieser Bäume gefällt, zubetoniert und beschädigt. Sie müssen dem Expansionsdrang privater und öffentlicher Bauherren weichen, und niemand stellt sich die Frage, welcher Schaden eigentlich damit angerichtet wird.

Einige Beispiele aus jüngster Zeit:

- * die katholische Kirche fällt gesunde Bäume, um ein kleines Wohnhaus zu bauen,
- * in Rott werden zwei Kastanien einer Baumgruppe gefällt, die krank waren, weil sie bei Straßenbauarbeiten beschädigt wurden und wegen zu geringer Freifläche keine ausreichende Nahrung mehr erhielten,
- * in der Roetgenbachstraße wurden vor 1 1/2 - 2 Jahren zwei gesunde Eichen auf dem Grundstück eines jetzigen CDU Ratsherrn gefällt,

* auf dem Gelände des Contra-Marktes in Roetgen werden zwei große, alte Bäume gefällt, die angeblich ausgetrocknet waren. Der schlechte Zustand der Bäume war offensichtlich darauf zurückzuführen, daß ihnen die Lebensgrundlage durch Versiegelung der umgebenden Fläche entzogen wurde.

Um diesen Mißstand zu beheben und der wichtigen Aufgabe des Naturschutzes auch ein rechtliches Instrument an die Hand zu geben, haben die GRÜNEN zur letzten Umweltausschußsitzung im Januar erneut den Antrag gestellt, eine Baumschutzsatzung für das Gebiet der Gemeinde Roetgen zu erlassen. Vor ziemlich genau fünf Jahren war die GRÜNE-Fraktion mit einem gleichlautenden Antrag bereits gescheitert. Trotz aller Erfahrungen hat sich jedoch in den Köpfen von CDU und SPD nichts, aber auch auch gar nichts bewegt. Heute wie damals hörte man die Argumente: Man darf die Bürger nicht reglementieren; sinnloses Fällen von Bäumen findet doch gar nicht statt; wir haben doch so viel Grün, da darf doch ruhig mal der ein oder andere Baum gefällt werden, nach dem Motto "freies Baumfällen für freie Bürger".

Im Umweltausschuß wurde dann lediglich beschlossen, von allen Bäumen, die von Verwaltungsseite für schützenswert gehalten werden, eine Kartei anzulegen. Doch dieser Beschluß wurde auch schon vor fünf Jahren gefaßt. Genützt hat er im Sinne des Naturschutzes überhaupt nichts. Es ist abzusehen, daß nun weiterhin sinnlos Bäume gefällt werden, ohne daß Ausgleichsmaßnahmen hierfür getroffen werden. Man kann sich ausrechnen, wann in Roetgen eine letzte alte Eiche übrigbleibt, die dann möglicherweise zum Naturdenkmal erklärt wird, um daran zu erinnern, was die Natur doch für herrliche Schöpfungen hervorgebracht hat.

Menschen in unserer Gemeinde

Der Landschaftswart

Frage an meinen kleinen Enkel: "Was meinst du, tut ein Landschaftswart?"
Antwort: "Der steht in der Landschaft und wartet."

Mein Lachen unterdrückend frage ich weiter: "Und worauf wartet der?" "Na, auf den Fuchs."

Hand auf's Herz, wissen Sie, liebe Leserin und lieber Leser, was ein Landschaftswart ist? Wir möchten Ihnen den Landschaftswart unserer Gemeinde vorstellen und Sie über seine Aufgaben informieren.

Landschaftsbeirat und Landschaftswacht

Zunächst ein allgemeiner Hinweis: Teil jeder Kreisverwaltung ist die untere Landschaftsbehörde. Diese wiederum bildet einen Landschaftsbeirat, der sich zusammensetzt aus Vertretern von Naturschützern und Naturnutzern. Zu den Naturschützern zählen z.B. die Naturschutzverbände, zu den Nutzern u.a. Forstwirte, Landwirte, Imker. Der Landschaftsbeirat wählt für die einzelnen Gemeinden den Landschaftswart. Alle Landschaftswarte zusammen bilden die Landschaftswacht.

In unserer Gemeinde ist Ernst Lambertz zum Landschaftswart gewählt worden. Ernst Lambertz lebt seit 1987 im Ruhestand. Er ist seit vielen Jahren auch Vogelschutzwart, sein Hobby ist die Imkerei. Ernst Lambertz ist also ein Mensch, der sich der Natur verbunden fühlt und der aus langjähriger Praxis Kenntnisse über

natürliche Zusammenhänge, sowie auch über deren Störungen durch menschliche Einflüsse erworben hat.

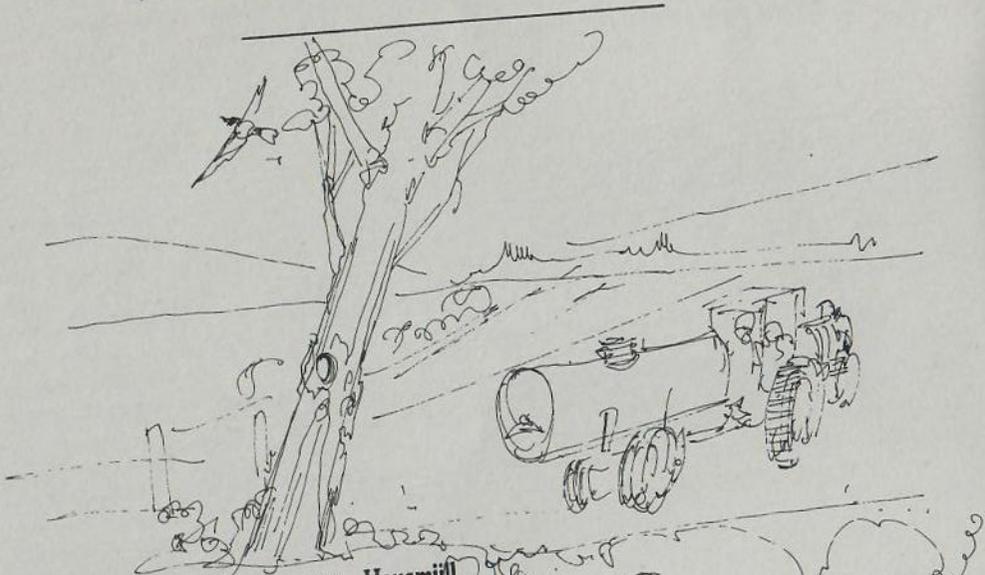
Das Amt des Landschaftswartes ist ein Ehrenamt, d.h. der Träger des Ehrenamtes handelt uneigennützig, unentgeltlich, im Interesse der Allgemeinheit. Die Amtszeit des Landschaftswartes beträgt drei Jahre. Bei seinen Kontrollgängen innerhalb der Gemeinde achtet er besonders auf das Geschehen in den Bereichen, die als Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen sind. Die Landschaftswarte verstehen sich als Mittler zwischen der Behörde und der Bevölkerung. So will Ernst Lambertz auch hauptsächlich Informationen weitergeben, z.B. über Gesetze und Verordnungen, die den Landschaftsschutz betreffen und die vielfach unbekannt sind. Er klärt auf über die Notwendigkeit und den Sinn des Landschaftsschutzes und über die Auswirkungen von Verstößen. Polizeiliche Funktionen hat der Landschaftswart nicht, meldet aber grobe Verstöße weiter an die Behörde. Lassen wir Herrn Lambertz selbst zu Wort kommen:

"Ich will ein Beispiel anführen: Das Ausbringen von Gülle in der Landwirtschaft ist gesetzlich geregelt und darf nur zu bestimmten Zeiten geschehen. Sehe ich, daß ein Landwirt gegen diese Vorschriften verstößt, so muß ich eingreifen. Ich muß den betreffenden auf die gesetzlichen Bestimmungen hinweisen und ich muß den Vorfall weitermelden."

In anderen Fällen, bei kleineren Verstößen gegen den Landschaftsschutz, bei denen es sich offensichtlich um Unkenntnis und Unbedachtheit handelt, versucht Ernst Lambertz belehrend und aufklärend einzuwirken, damit der Schadensverursacher sein Handeln einstellt und für die Zukunft den Schutz der Natur beachtet. In diesem Sinne ist Ernst Lambertz auch dankbar.

wenn er von der Bevölkerung um Rat und Auskunft gefragt wird, wenn ihm Hinweise und Anregungen gegeben werden, und er seine Erfahrungen und Kenntnisse über den Schutz unserer Landschaft weitergeben kann.

Addi Scholz

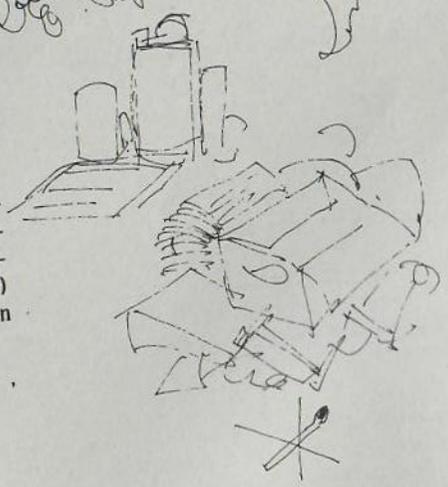


Kurzinfo zum Verbrennen von Hausmüll

In NRW ist es nicht erlaubt, Hausmüll (auch nicht Papier und Pappe) zu verbrennen. Dies gilt für private Haushalte, wie für Geschäftsleute.

Eine Aachener Initiative ist bereit - kostenlos! - Verpackungsmüll (z.B. von Supermärkten) regelmäßig abzuholen. Interessenten können Näheres (mögliche Termine) mit der Verwaltung der Gemeinde Roetgen abklären.

Ordnungsamt der Gemeindeverwaltung
Tel.: 1822



Gesucht:

Billiger Wohnraum

Die Gemeinde Roetgen ist von ihrer Einkommensstruktur her die reichste Gemeinde im gesamten Kreis Aachen. Doch über diese Tatsache wird sehr leicht vergessen, daß es auch in unserer Gemeinde einen immer größer werdenden Personenkreis gibt, der sich nicht das schicke Einfamilienhaus mit Garten und Doppelgarage leisten kann. Doch auch diese Personen haben in gleichem Maße ein Recht darauf, hier in der gesunden Luft der Voreifel zu leben. Der Blick in die Wochenendzeitung zeigt jedoch, daß es in Roetgen keine Mietwohnungen zu erschwinglichen Preisen gibt, geschweige denn mit öffentlichen Mitteln geförderte Sozialwohnungen. Da werden allenfalls große Villen ab 350.000,-DM aufwärts zum Kauf angeboten. Es besteht also auch in der Gemeinde ein akuter Mangel an billigem Wohnraum.

Leider ist es bis heute noch nicht zu erfolgversprechenden Handlungen von Seiten der Verwaltung gekommen, umfassende Informationen stehen noch aus. Dies scheint zum großen Teil auch auf dem Mißverständnis innerhalb von Verwaltung und Fraktionen zu beruhen, billiger Wohnraum werde lediglich von Asylbewerbern, Aus- und Übersiedlern und einigen wenigen Sozialhilfeempfängern benötigt. Und für diese "Minderheiten" ist man in Roetgen anscheinend nicht bereit, etwas zu leisten (siehe auch an anderer Stelle in diesem Blatt). Die GRÜNEN werden jedoch am Ball bleiben und darauf drängen, daß die Beschlüsse des Bauausschusses auch umgesetzt werden.

Bitte Melden!!!

Antrag an den Bauausschuß

Die GRÜNE-Fraktion hat daher im August vergangenen Jahres einen Antrag an den Bauausschuß gestellt, mit dem Ziel, hier Abhilfe zu schaffen, indem sich die Gemeinde auch endlich einmal für die Wohnungssuchenden einsetzt. Einstimmig wurde daraufhin beschlossen, daß

1. die Verwaltung sich bemüht, über die Förderungsmöglichkeiten für den Wohnungsbau zu informieren,
2. sich die Verwaltung mit dem Wohnbauförderungsamt des Kreises Aachen zwecks Informationsveranstaltungen in Verbindung setzt,
3. die Verwaltung Kontakt mit den Kirchengemeinden aufnimmt hinsichtlich der Bereitstellung von preiswertem Bauland.

Es gilt also zunächst, ein Informationsdefizit zu beheben. Wir möchten daher alle Wohnungssuchenden in Roetgen aufrufen, sich bei der Verwaltung zu melden. Zwar gibt es in Roetgen kein eigentliches Wohnungsamt, wir meinen aber, daß das Sozialamt in diesem Falle der richtige Ansprechpartner sein sollte. Wenden sie sich also an das Sozialamt und lassen sie sich dort nicht gleich abweisen. Die GRÜNE-Fraktion wird sich gleichzeitig bei der Verwaltung dafür einsetzen, daß Ihre Anliegen zumindest registriert werden. Nur so scheint es möglich, den dringenden Bedarf an billigem Wohnraum all denjenigen vor Augen zu führen, die dieses Problem nicht sehen wollen.

(Fortsetzung auf der folgenden Seite)

Umwelt- und sozialverträglich Bauen

Gerne wird von Seiten der Verwaltung auf die angespannte Wohnungssituation verwiesen, besonders dann, wenn Bauanträge für Flächen gestellt werden, die aus planrechtlichen Gründen nicht bebaut werden dürfen. Aus zwei Gründen widerspricht diese Argumentation den Vorstellungen für eine umwelt- und sozialverträgliche Bauentwicklung:

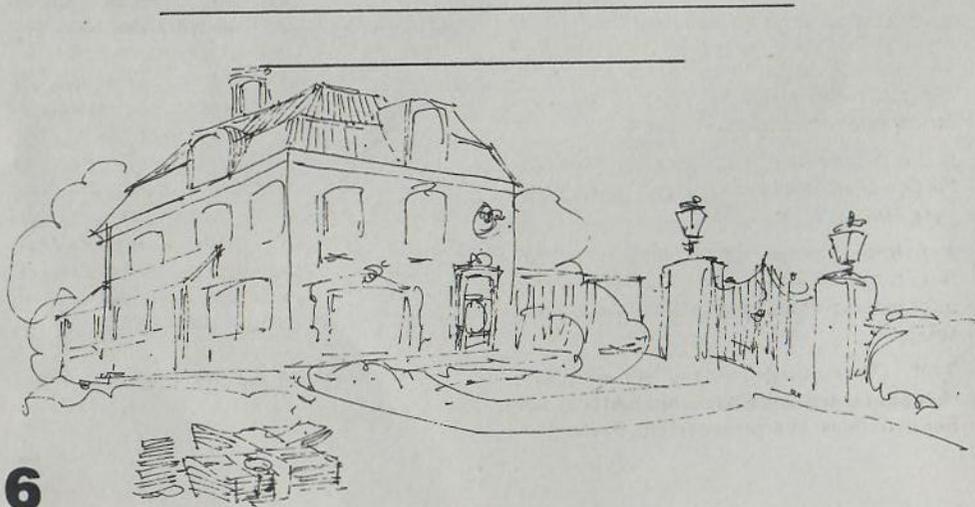
1. Bei den geplanten Bauten handelt es sich in der Regel um Einfamilienhäuser, also um Wohnraum, den sich eben Familien mit niedrigem Einkommen nicht leisten können.

2. Auf vielen Grundstücken in der Rand- und Außenbereichslage der Ortsteile ist eine Bebauung planrechtlich nicht vorgesehen. Und dies ist auch sinnvoll, damit der Ort nicht immer mehr zersiedelt wird und der Natur mehr und mehr Lebensraum verloren geht.

Das wesentliche Ziel für die Zukunft muß also sein, Bauformen zu finden, die einerseits mit der begrenzt zur Verfügung stehenden Fläche sparsam umgehen, die andererseits aber doch eine angemessene Lebensqualität auch für Personengruppen mit kleinem Geldbeutel garantieren. Darü-

berhinaus sollten sich diese Bauformen auch in den dörflichen Rahmen einpassen. Weder Reihen- noch Hochhäuser sind aus unserer Sicht dazu geeignet. Eher schon das Konzept der Hof- und Hausgruppenbebauung, das nicht nur von den GRÜNEN sondern auch von einer Architekten und Planungsgruppe der TH Aachen unter der Leitung von Prof. Curdes als Baustein für die zukünftige Entwicklung der Gemeinde Roetgen vorgeschlagen worden ist. Doch für solche Bauformen gibt es in Roetgen bislang keine Realisierungsmöglichkeiten, da die gesamte Planungssituation sich an der Einfamilienhausbebauung orientiert. Es ist also auch Augenwischerei, wenn von CDU und SPD im Zusammenhang mit dem sozialen Wohnungsbau immer wieder auf das Baugebiet III zwischen Rosentalstraße und Jennepeterstraße verwiesen wird, da auch dort vom planungsrechtlichen her nur die Einzel- und Doppelhausbebauung vorgesehen ist. Hier sollte sich auch die SPD Gedanken machen, ob ein solcher Bebauungsplan den sozialen Ansprüchen tatsächlich gerecht wird. Für Detailänderungen in Richtung Gruppenbauweise ist es noch nicht zu spät.

Klaus-Peter Kegel



Partnerschaft

mit den Völkern der Dritten Welt

Als gerade vor 10 Jahren die Partei DIE GRÜNEN gegründet wurde, kamen nicht nur Menschen aus der Umweltschutzbewegung, Anti-AKW-Bewegung, der Friedens- und Frauenbewegung zusammen. Zahlreiche Gründungsmitglieder des "Grünen Projektes" hatten schon Jahre zuvor in der Solidaritätsbewegung mit den Ländern der sog. Dritten Welt gearbeitet und sahen hier nun zum ersten Mal eine Möglichkeit, wirkliche Partnerschaft mit diesen Ländern radikal, d.h. an "die Wurzel gehend" in Politik umzusetzen.

Vor 20 Jahren, als ich selbst begonnen hatte, mich in diesen Gruppen zu engagieren - ange-regt durch die Arbeit des Erzbischofs Helder Camara, Brasilien, der uns zurief: "Seid die Stimme derer, die keine Stimme haben!" - war uns ein Wort des ebenfalls aus Brasilien stammenden Pädagogen Paolo Freire sehr wichtig: "Die 'Dritte Welt' ist kein geographischer Begriff. 'Dritte Welt' ist überall dort, wo Abhängigkeit herrscht oder erzeugt wird und die Kultur des Schweigens entsteht."

Diese Abhängigkeit stellte so auch unser GRÜNES Bundesprogramm 1980 dar:

"Für die Bevölkerung in der 'Dritten Welt' besteht eine doppelte Abhängigkeit, die von den Industrieländern und die von der eigenen Oberschicht in ihrem Land. Daher streben wir Lösungen auf beiden Ebenen an, einmal Verbesserungen in den Beziehungen Industrieländer - 'Dritte Welt' und zum anderen Stärkung der Emanzipation der Völker der 'Dritten Welt'."

Aus dieser Analyse ergaben sich für die GRÜNEN wichtige Forderungen, die dann seit 1983 das politische Handeln der Bundestagsfraktion oder grüner Landtagsfraktionen im Bereich Internationalismus bestimmten. Einige seien beispielhaft aufgeführt:

- * Staatliche Entwicklungshilfe muß ohne Rückzahlungsforderungen an die Nehmerländer im Mittel auf 0,7 % des Bruttosozialproduktes erhöht werden,
- * sie soll für Kleinprojekte, die die Grundversorgung der Bevölkerung sichern, gegeben werden,
- * Schuldenmoratorium bzw. Streichung der Schulden,
- * keine Kopplung der Hilfe an den Kaufzwang von Industrieprodukten aus der BRD,
- * Garantie gerechter Preise für Waren und Dienstleistungen,
- * Verbot der Ausbeutung von Arbeitern durch deutsche Firmen,
- * Verbot des Raubbaus von ausländischen Bodenschätzen durch deutsche und multinationale Firmen,
- * kein Import landwirtschaftlicher Produkte aus Ländern, die keine ausreichende Nahrungsmittelproduktion besitzen.

(Auszüge aus dem Bundesprogramm 1980)

Unterdessen sind 10 Jahre ins Land gegangen: Trotz vieler Aktionen und Proteste aus den Solidaritätsgruppen und trotz der oben genannten gezielten politischen Arbeit der GRÜNEN, ist der Abstand zwischen den "armen Völkern" und uns - den Industrienationen - immer größer geworden. Trotz der staatlichen Entwicklungshilfe, oder besser erkannt, wegen dieser "Hilfe" (die ja Entwicklungshilfe für unsere Wirtschaft war und ist) sind wir als "Geberrationen" immer reicher geworden, während die Abhängigkeit immer mehr zementiert wurde und Armut, größtes Elend und blutigste Bürgerkriege auf der anderen Seite entstehen ließ.

Wir wissen es alle

Millionen Menschen hungern und verhungern, Frauen und Kinder sind zur "Armutsprostitution" gezwungen, die ökologischen Grundlagen werden in den abhängigen Ländern immer mehr zerstört. Die von uns in die Schuldenfalle gelockten Nationen können in jeder Hinsicht immer mehr ausgebeutet werden.

Die GRÜNE Fraktion im Bundestag versucht in enger Zusammenarbeit mit den Solidaritätsgruppen einzelner Länder ständig die Machenschaften der eigentlichen Bonner Koalition und Parteien rücksichtslos aufzudecken: Offene und versteckte Militärhilfe, die den Regierungen die Möglichkeit bietet, gegen ihr eigenes Volk zu kämpfen, Waffenexporte an rassistische Regime, nur vom deutschen Profitinteresse geleitetes Wirtschaftsinteresse wird angeklagt und andere gerechtere Wirtschaftsordnungen gefordert.

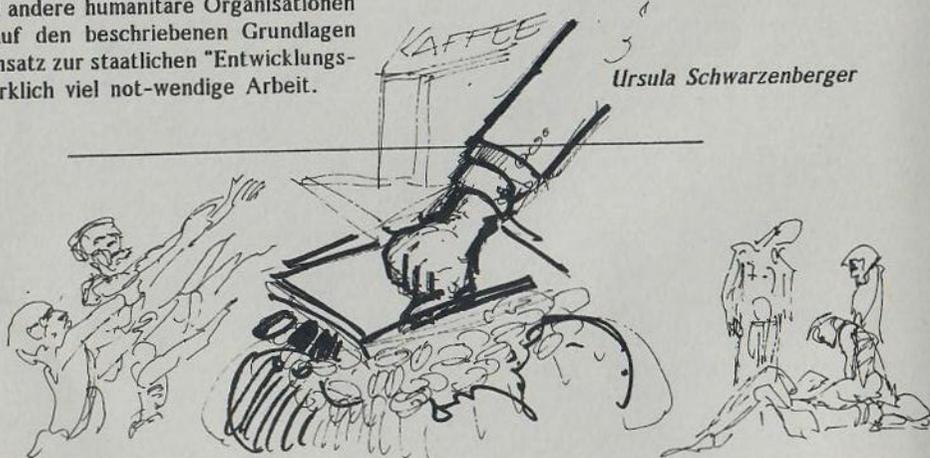
Bis jetzt ist von Regierungsseite keinerlei Umdenken in Sicht! Darum sind wir froh, daß "von unten" durch viele "3. Welt-" oder besser "Eine Welt"-Gruppen und Läden immer mehr Menschen den Einsatz für Gerechtigkeit und Frieden als ihre Aufgabe erkannt haben und in direkter Partnerschaft ganz gezielt bestimmte Projekte in den verschiedensten Ländern unterstützen. Kirchliche und andere humanitäre Organisationen leisten auf den beschriebenen Grundlagen im Gegensatz zur staatlichen "Entwicklungshilfe" wirklich viel notwendige Arbeit.

Erfreulich ist auch der vielfältige Einsatz verschiedenster Gruppen in unserer Gemeinde. Aber auch für diese nichtstaatliche, direkte und projektgebundene Hilfe gelten Grundsätze, die bei allem Eifer für Geldsammeln und Geldspenden nicht übersehen werden dürfen:

- * Es dürfen keine neuen Abhängigkeiten durch unsere Hilfe entstehen.
- * Die Würde der Menschen in den jetzt verarmten oder arm gehaltenen Ländern verlangt von uns, daß wir über ihre Kultur und Religion aufklären, ihr Kunsthandwerk, wenn möglich, zum Verkauf anbieten.
- * Über die Entstehung der Armut und die politischen Hintergründe der oft grausamsten Menschenrechtsverletzungen müssen wir im Zusammenhang unserer Arbeit für Projekte ebenfalls aufklären.
- * Zur langfristigen Behebung der eigentlichen Ursachen der sog. "Unterentwicklung" und zur Beendigung der Menschenrechtsverletzungen müssen wir uns mit Briefen und Unterschriftensammlungen an unsere Regierung und Verantwortliche im Ausland wenden.

Die einfachste und gerechteste Art der Hilfe ist immer noch durch unsere Einkaufsmöglichkeit gegeben. Auch in Roetgen gibt es Kaffee, Tee, Bananen und viele andere Dinge aus der "3. Welt", die wirklich gerechte Preise und Löhne garantieren.

Ursula Schwarzenberger



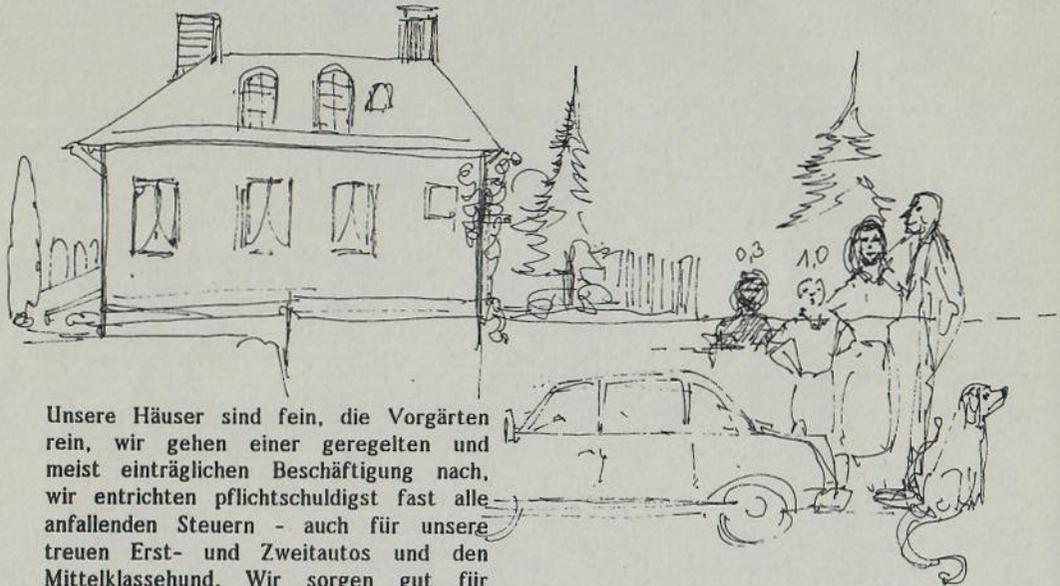
*Immer dann,
wenn Ohren Schreie hören
aus den Folterkammern unsrer Zeit,
quält die Angst!
Wir aber gehen walkmansüchtig durch die Zeit
mit Schweigen und Vergessen,
statt zu sagen, was zu sagen ist in seiner Kraft,
die Erlösung bringt.*

*Immer dann,
wenn Hunger Leben tötet,
und wir den Überfluß vergeuden,
stirbt die Liebe!
Wir aber gehen
spendensüchtig durch die Welt,
gerührt, anstatt zu teilen
und radikal zu geben, was zu geben ist in Liebe,
die den Himmel birgt!*

Bettina Haase

(Entnommen aus dem Misereor Fastenkalender von 1987)

Kein Sozialarbeiter für Roetgen



Unsere Häuser sind fein, die Vorgärten rein, wir gehen einer geregelten und meist einträglichen Beschäftigung nach, wir entrichten pflichtschuldigst fast alle anfallenden Steuern - auch für unsere treuen Erst- und Zweitautos und den Mittelklassehund. Wir sorgen gut für unsere 1,3 bundesdeutschen Durchschnittskinder. Wir sind saniert und unser Ortskern auch. Unser Leben verläuft ruhig, geordnet, nobel gestylt und demnächst verkabelt. Zu Weihnachten leisten wir uns ein wenig Mildtätigkeit - das soll wohl reichen. Mehr kann keiner von uns verlangen, an ihrem Elend, das weiß jeder, sind bestimmte Leute selber schuld.

Dies alles sagte im Rahmen seiner Haushaltsrede '90 der Vorsitzende der CDU Ratsfraktion - der christlichsten aller Parteien im Dorfparlament - nicht. Herr Garke drückte es vielmehr lapidar so aus:

Es sei den Bürgern von Roetgen, den rechtschaffenden, nicht zuzumuten, von ihren sauer erarbeiteten Steuergeldern einen Sozialarbeiter zu finanzieren, der sich nur um irgendwelche Minderheiten kümmern soll!

Und von der Verwaltungsspitze tönte es zustimmend herab: man müsse eben von den Mitarbeitern des Sozialamtes noch mehr Einsatz fordern, auch wenn deren Arbeitstag schon 25 Stunden zählt.

So kam es, daß der dringliche und längst überfällige GRÜNEN-Antrag, eine Sozialarbeiterstelle hier einzurichten, abgelehnt wurde. Eine solche Stelle hätte sowieso nur aus den sogenannten B 6 - Mitteln finanziert werden können - also aus dem für die Gemeinde frei verfügbaren Sozialfond. Und dann wären die Zuwendungen für unsere Vereine gekürzt worden. Welcher Politiker hätte das riskieren wollen - nur für irgendwelche Minderheiten ?!

Brigitte Commichau

Initiativen

Bürger und Bürgerinnen wollen ihre Angelegenheiten mitentscheiden

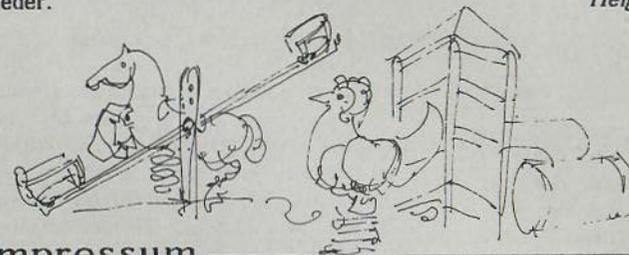
In unserem Info-Blatt vom August 89 berichteten wir von einer Elterninitiative, die ein erstes Konzept zur Gestaltung des Spielplatzes an der alten Schule in Roetgen erarbeitet hatte.

Als wir dann die Vorlage zur Bildung-, Jugend-, Sozial- und Sportausschußsitzung am 30.11.89 erhalten hatten, mußten wir feststellen, daß die Verwaltung in ihrer eigenen Selbstherrlichkeit über Gelder für den Spielplatz bereits entschieden hatte. Dabei waren sie so schlau, den Betrag für die Spielgeräte mit 9925,- DM knapp unter der 10000,- DM Grenze zu halten, so daß der Gemeindedirektor berechtigt war, über diese Anschaffung zu entscheiden. Und dies, obwohl eigentlich 13000,- DM durch den Haushaltsplan bewilligt worden waren. Wir sind der Meinung, daß die Verwaltung von Anfang an die Elterninitiative und den Ausschuß nicht einbeziehen wollte. Dies war während der Sitzung auch die Meinung mehrerer Ausschußmitglieder.

In der Sitzungsvorlage zum 30.11.89 wurde zudem unrichtigerweise behauptet, daß der Verwaltung die Elterninitiative nicht bekannt gewesen sei. Wir sind jedoch im Besitz eines Schreibens vom Sept. 89 an die Elterninitiative, das vom Gemeindedirektor unterschrieben wurde. Wer zu solchen Mitteln greift, hat entweder Angst vor der Mündigkeit und Einmischung des Bürgers oder etwas zu verbergen. Unverständlich war dann auch dieses Verhalten den meisten Ausschußmitgliedern, die solche Elterninitiativen unterstützen wollen. Der Ausschuß faßte daher auch den Beschluß, die Elterninitiative an den weiteren Planungen (Aufstellung der Geräte etc.) im Rahmen der noch zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu beteiligen.

Es bleibt zu hoffen, daß in Zukunft die Verwaltung nicht mehr eigenmächtig handelt, wo doch sonst jede Sache, sei sie noch so geringfügig, lang und breit diskutiert wird.

Helga Quick und Gerd Pagnia



Impressum

Herausgegeben vom Ortsverband DIE GRÜNEN Roetgen, Rosentalstraße 77
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Helga Quick und Adelheid Scholz
Namentlich oder durch Kürzel gekennzeichnete Beiträge liegen in der Verantwortung der Autorinnen und Autoren

Tiefflieger

Unterschriftenaktion - Reaktion der Luftwaffe

Vor der Europawahl 1989 wurde in einer Unterschriftenaktion von fast 400 Bürgern der Gemeinde Roetgen beim Bundesverteidigungsminister gegen Tiefflugübungen protestiert. Ende des Jahres ist nun die Reaktion des Luftwaffenamtes bei uns eingegangen. Wir dokumentieren und kommentieren für alle Leserinnen und Leser nun dieses Schreiben, dem auch mehrere weitere Broschüren zum Thema Tiefflug beigelegt waren.

Kommentar:

Für alle, die im Juni vergangenen Jahres ihren Protest gegen Tiefflüge mit einer Unterschrift Ausdruck verliehen haben, müßte die Antwort des Luftwaffenamtes doch eine überraschend beruhigende Wirkung haben, kommt das Luftwaffenamt doch zu dem Ergebnis, daß eigentlich nicht die Tiefflüge eine Gefahr sind, sondern innerhalb aller militärischen Flüge vielmehr die Flüge in großer Höhe für unsere Bevölkerung ein Gefahrenpotential darstellen. Wäre es angesichts dieser "Tatsache" nicht vernünftig überhaupt nur noch tiefzufliegen und damit die Gefahr eines Absturzes auf bewohntes Gebiet praktisch gänzlich auszuschließen?

Der angesprochene Tiefflug-Report beschränkt sich dagegen nur auf das eine Moment des Tieffluges, nämlich die Lärmbelastung. Von darüber hinaus gehenden Gefahren ist keine Rede. Als "Pluspunkt" für die Bevölkerung heißt es:

Tiefflüge werden räumlich und zeitlich besser verteilt

Im Klartext bedeutet dies, daß Gefährdungen und Lärmbelastungen nun auf einen größeren Bereich ausgedehnt werden. Dies geschieht beispielsweise durch Verlagerung von Tiefflügen in belgisches Gebiet. Proteste von dort werden ja erst einmal wieder eine Zeit auf sich warten lassen. Zeit genug, um den ein oder

anderen Absturz, die ein oder andere "Beinahe"-Kollision geschehen zu lassen. Die Möglichkeit einer Abschaffung von Tiefflügen, Gedanken über deren Notwendigkeit und Sinn gibt es offensichtlich nicht. Das Übel an der Wurzel zu packen ist nicht das Ziel unserer Rüstungspolitik. Auch die konkrete Veränderung in den Staaten Osteuropas haben hieran nichts geändert. Man ist mit allen Mitteln bemüht weiterhin Feindbilder aufzubauen.

Innerhalb der Bundeswehr wird das Tieffliegen offenbar als eine Art Hochleistungssport verstanden. In dem "Brief zur Truppeninformation Nr.2/89" schreibt das Bundesverteidigungsministerium:

"... Der Tiefflug erfordert einen besonders hohen Ausbildungsstand der Besatzung, der nur durch ständiges Üben zu erreichen und zu erhalten ist. Flüge in 30 Meter Höhe über Grund und mit bis zu 1000 km/Stunde, wie dies im Verteidigungsfall erforderlich wäre und wie sie zur Übung jetzt nur in Labrador durchgeführt werden, stellen extrem hohe Herausforderungen an die physische und psychische Leistungsfähigkeit. Die körperlichen Belastungen eines Strahlflugzeugführers, das ist wissenschaftlich belegt, sind mit denen eines Formel-1-Fahrers vergleichbar."

Es lebe der Sport!

Klaus-Peter Kegel

Luftwaffenamt
AbtFlBtrbBw/FLIZ
Az 56-10-30 (4378/89)

5000 Köln 90, 13. Nov. 1989
Postfach 90 25 00/5 01/ 11
Tel. (0 22 03) 6 02 - 21 97
AllgFspWNBw 34 51

Sehr geehrter Herr

der Herr Bundesminister der Verteidigung Dr. Gerhard Stoltenberg hat das Luftwaffenamt beauftragt, Ihre Eingabe vom 12. Juli 1989 zu beantworten. Aufgrund der zahlreichen hier vorliegenden Briefe war es leider nicht möglich, Ihnen eher zu antworten. Ich bitte um Ihr Verständnis für die Verzögerung.

Das Gebiet der Gemeinde Roetgen ist nicht in besonderem Maße der Belastung durch Übungsflüge militärischer Kampfflugzeuge ausgesetzt. Es entspricht auch nicht den Tatsachen, daß Tiefflüge die Bevölkerung in besonderem Maße gefährden: Die meisten Kampfflugzeuge sind mit zwei Triebwerken ausgestattet und können bei Ausfall eines Triebwerks den Flug fortsetzen. Muß jedoch ein Pilot sein Flugzeug wegen eines Notfalls aufgeben, so kann er im Tiefflug in fast allen Fällen die Absturzstelle durch entsprechende Steuerführung außerhalb einer Ortschaft legen; beim Schleudersitzausstieg in großer Höhe dagegen ist die Aufschlagstelle des Flugzeugs nicht vorherbestimmbar, ein Absturz in eine Ortschaft hinein nicht auszuschließen.

Ende September hat der Bundesminister der Verteidigung eine Reihe von Maßnahmen zur Reduzierung der Fluglärmbelastung der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland vorgestellt. Einzelheiten entnehmen Sie bitte dem beigelegten Tiefflug-Report. Diese und weitere geplante Maßnahmen werden auch der Gemeinde Roetgen Entlastung bringen.

Es ist noch anzumerken, daß sich viele Probleme nur in zeitaufwendigen Verhandlungen mit den Bundesländern und den alliierten Streitkräften lösen lassen. Dies führt oft dazu, daß Entlastungen erst mit großer Zeitverzögerung wirksam werden können.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Kunitz

Hochdruckreiniger und öffentlicher Nahverkehr

Sicher haben beide Dinge erkennbar nicht miteinander zu tun ! Vielleicht erinnern Sie sich noch an unser letztes Info-Blatt, dort schrieben wir über beide Themen unabhängig voneinander. Inzwischen habe ich leider einen fatalen Zusammenhang bemerkt:

Wie versprochen, wurde in Sachen Hochdruckreiniger an die Gemeinde Roetgen, an den Umweltminister des Landes NRW und zu guter Letzt auch an den Herrn für Umweltschutz in Bonn geschrieben. Antwort kam von allen drei Institutionen, allerdings mit durchaus unterschiedlicher Argumentation. Die örtlichen Behörden möchten in jedem Einzelfall per Anzeige informiert werden (besonders Samstag am Nachmittag), um dann einschreiten zu können, d.h. der einzelne Bürger soll ein bißchen Polizei spielen. Der Landesumweltminister ließ durch einen Mitarbeiter mitteilen, daß eigentlich alles durch die bestehenden Gesetze gut geregelt sei und man diese nur richtig anzuwenden brauche.

Aus Bonn kam ein hochoffizieller Brief, vom Minister Töpfer persönlich unterzeichnet (!), in dem abwägend das Für und Wider eines Hochdruckreinigers erwogen wurde, mit dem Ergebnis, daß der *mündige* Bürger ja eigentlich wissen sollte, daß das Einbringen von Schadstoffen (z.B. Öl) in die lokale Kanalisation bei strenger Strafe verboten sei. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß in einigen Gegenden die private Autowäsche schon untersagt worden ist, eben um ...

Aber eigentlich... und im besonderen ... ist mit der Vernunft des mündigen Bürgers zu rechnen.

Sie haben vielleicht inzwischen selbst bemerkt, wo die Verbindung zum öffentlichen Nahverkehr sich eingeschlichen hat. Bei dem Begriff : " mündiger Bürger " wars !

Auf eben denselben Bürger hofft man auch bei der inzwischen wohl für jedermann offensichtlichen Misere des täglichen Berufsverkehrs schon seit langer Zeit. Er sollte nicht nur nach der Maxime handeln "freie Fahrt für freie Bürger" (ein Schlagwort aus den 70er Jahren), sondern durch eigenständiges Überlegen vielleicht zu dem Schluß gelangen, daß es nicht sinnvoll ist (und es gibt dafür eine Unzahl von guten Gründen) jeden Morgen sich zu der Schar der Lemminge zu gesellen, die wie an einer Perlenschnur aufgereiht die Bundesstraße hinunterstauen. Er könnte sein sicher gut gepflegtes, hochdruckgereinigtes und wertvolles Auto auch **nicht** im Berufsverkehr einsetzen.

Es soll hier keineswegs von der autofreien Gesellschaft geredet werden, die eine Utopie ist, sondern davon, daß jeder "mündige" Bürger die Möglichkeit hat, auf Strecken, die von Bussen befahren werden, einen effektiven Beitrag zur Entlastung der Umwelt zu leisten. Wer diesen Versuch einmal für einige Zeit gemacht hat, wird mir vielleicht bestätigen, daß noch eine Reihe andere positive Aspekte dabei anfallen. So wird das eigene Auto erheblich geschont, Geld wird gespart, die

täglichen Aggressionen beim Autofahren entfallen, und es ergibt sich die Möglichkeit, die Fahrtzeit im Bus zum Lesen oder (mündig) Denken zu nutzen. Argumente, der Service im öffentlichen Nahverkehr sei miserabel, lasse ich nach eigenen Erfahrungen zwar gelten, aber wenn der Andrang an den Haltestellen steigt, wird sicher auch bei den Betreibern der Busse die Kasse besser klingeln und ein Interesse entstehen, Kunden durch guten Service zu werben, wie zum Teil bei der Bundesbahn geschehen (z.B. Intercity Verkehr). Wer alle diese Überlegungen, ob sie Hochdruckreiniger oder Autofahren betreffen, für verdreht hält, müßte dann eigentlich konsequenterweise für die Freigabe des Schußwaffenverkaufs eintreten, denn auch hier kann der mündige Bürger ja wohl selbst wissen, wann er auf wen oder was schießen darf. Durch

die Freigabe der Schußwaffen würde auch die Wirtschaft angekurbelt, und vielleicht würden nicht nur im Bereich der Waffenfabriken neue Arbeitsplätze eingerichtet, sondern auch in Krankenhäusern könnte es vermehrt Kundschaft geben, weil eben nicht jeder mündige Bürger immer die Tragweite seiner unsprünglich harmlosen Handlungen voll überblickt.

Es sollte nicht um einen Nachweis von Mündigkeit beim Umgang mit Produkten wie Autos, Hochdruckreinigern, Schußwaffen u.s.w. gehen, sondern die Herstellung bzw. Freigabe dieser "Waffen" sollte durch "mündige" Hersteller und Politiker erfolgen, bzw. nicht erfolgen.

Volker Commichau

Der Tip

Diesem Blättchen liegt das Faltblatt "Tips, Kinder im Verkehr" des "Verkehrsclubs der Bundesrepublik Deutschland (VCD)" bei.

Der VCD ist die Alternative zu den Autoclubs. Er setzt sich insbesondere ein für

- den Vorrang für umweltverträgliche Verkehrsmittel
- den Schutz der Natur und Landschaft vor weiterem Straßenbau
- attraktivere und billigere Bahn- und Busverbindungen
- eine fußgänger- und fahrradfreundliche Stadt, in der sich Kinder, Alte und Behinderte frei bewegen können.

Wer weitere Informationen über den VCD haben möchte, wende sich an

die Verkehrsgruppe der GRÜNEN Roetgen (Ständer, Schnickevenn 18, Tel. 4295) oder

den VCD Aachen, Zollernstraße 50, Tel. 535191,
Büroöffnungszeiten: mittwochs 18.00 - 20.00 Uhr,
jeden ersten Mittwoch im Monat bereits ab 16.00 Uhr.

DAS IST DIE *letzte* SEITE!

Liebe Leserinnen und Leser !

Diese letzte Seite wollen wir u.a. auch für Beiträge offen halten, die nicht unbedingt streng unter dem Titel "Die GRÜNEN informieren und kommentieren" einzuordnen sind. Hier kann man seine ganz persönliche Meinung äußern und seiner Freude oder auch seiner Wut Ausdruck verleihen. Es kann auch eine Glosse zum Schmunzeln oder eine Karikatur sein. An den sachlichen Inhalt werden wir, im Gegensatz zum Hauptteil des Heftes, dabei etwas lockerere Maßstäbe anlegen.

Vielleicht wollen Sie, liebe Leserinnen und Leser, auch einmal etwas für diese Seite schreiben, was Sie bewegt, ärgert oder freut. Sie sind herzlich dazu eingeladen. A.S.

Brot - Rezept

Für alle, die gern Brot backen oder es mal versuchen wollen, ein besonders leckeres und einfaches Rezept:

Sie benötigen: 2 x 500 g Vollkornmehl
3 TL Ansatz
3 TL Salz
1 Päckchen Hefe
lauwarmes Wasser

500 g Mehl mit den 3 TL Ansatz und ca. 500 ml lauwarmem Wasser verrühren. Die Schüssel mit einem Tuch und darüber einer Folie abdecken und mindestens 16 Stunden abgedeckt ruhen lassen. Danach zuerst 3 TL Ansatz abnehmen (im Kühlschrank aufbewahren). Zu dem Teig 500 g Mehl hinzugeben, 3 TL Salz, 1 Päckchen Hefe, nach Wahl Sesam oder Sonnenblumenkerne und ca. 300 ml lauwarmes Wasser. Gut verrühren und in die gefettete Backform geben. Dort 1 1/2 Stunden gehen lassen. Den Backofen auf die höchste Stufe aufheizen. Nun den Brotteig 10 Minuten bei höchster Temperatur backen, dann ca. 1 Stunde bei 200 Grad.

Den ersten Ansatz können Sie bei mir erhalten. *Helga Quick, Tel. 4555*

Guten Appetit